

THEMA DES TAGES

KEINE ZUKUNFT OHNE ZUWANDERUNG Die deutsche Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Wir skizzieren die Gründe und fragen, welche Außenwirkung die Sarrazin-Diskussion hat.



Junge Zuwanderer: Hier der Ausschnitt eines Plakats, noch von der CDU/FDP-Regierung in NRW entworfen, das für mehr Einbürgerung wirbt.

Foto: dapp

Werben um die besten Köpfe

Wirtschaft ruft nach Einwanderern – Noch fehlt eine „Willkommenskultur“

Die Experten sind sich einig: Gut ausgebildete Zuwanderer werden Deutschlands Wohlstand mehren. Das Problem: Die Politik tut nichts, um Fachkräfte anzulocken. Sie schiebt das Thema auf die lange Bank.

HELMUT SCHNEIDER

Der Ausblick ist nicht sehr verlockend. „Ohne demografische Hilfe von außen schrumpfen wir auf mittlere Sicht auf ein Häuflein von Alten, kaum aufgemischt von einer türkischstämmigen Minderheit, die sich nach ein, zwei Generationen dem niedrigen Geburtenniveau ihrer Umwelt nähert. Das Durchschnittsalter in Deutschland würde bis 2050 Richtung 60 Jahre steigen, über 15 Prozent der Bürger wären über 80 und von diesen ein Drittel demenz.“ Der das feststellt, ist Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung. Für ihn ist klar: Ohne Zuwanderung wird Deutschland schon bald wirtschaftlich keine nennenswerte Rolle mehr spielen.

Während Migration bisher vorwiegend politisch diskutiert wurde, gerät jetzt auch zusehends der ökonomische Aspekt in den Blick. Unternehmensverbände verweisen besorgt auf die Mangelerscheinungen. Zehntausende Ingenieure und Informationstechniker fehlen bereits, in zehn Jahren werden allein in Baden-Württemberg 370 000 Facharbeiter gesucht werden, die Hälfte davon Akademiker. Die Experten sind sich einig wie selten: Ohne Zuwanderung lässt sich diese Lücke nicht schließen.

Das große Vorbild Kanada

Nirgendwo auf der Welt sind in den vergangenen 30 Jahren, gemessen an der Gesamtbevölkerung, so viele Einwanderer aufgenommen worden wie in Kanada. 20 Prozent der Einwohner sind heute auch Einwanderer. Sie sind gern gesehen und bringen sich in hohem Maß ins soziale und politische Leben ein.

Nicht nur in Europa gilt das Punktesystem, mit dem

das Land die Zuwanderung von Fachkräften steuert, als vorbildlich. Gesellschaftlicher Konsens ist, dass die Eigeninteressen des Landes im Vordergrund stehen. Die Zuwanderungskriterien sind für jeden einsehbar.

Menschen mit Berufen, die in Kanada gefragt und in einer Liste zusammengestellt sind (derzeit zählen dazu 29 Berufe, darunter beispielsweise Architekten,

Warum tun sich Politik und Gesellschaft so schwer, auf gesicherte Trends zu reagieren? „Langfristthemen gehören nicht zu den Lieblingsthemen der Tagespolitik“, sagt Klingholz gegenüber der SÜDWEST PRESSE und führt als Beispiele Klima und Renten an: „Menschen neigen dazu, kurzfristig zu planen.“

Der Krise scheint die Wirtschaft gerade entkommen, da tut sich ihr ein Langfristproblem auf, das der Volkswirtschaft schon heute einen jährlichen Schaden von 20 Milliarden Euro beschert – auch weil jeder qualifizierte Arbeitsplatz, der über Zuwanderung besetzt wird, weitere Stellen schafft. Von hochqualifizierten Fachkräften profitieren demnach nicht nur die jeweiligen Firmen. Die gesamte Volkswirtschaft hat einen Nutzen davon. Darauf verweist Michael Hüther, Chef des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Er fordert, dass möglichst rasch eine Regelung gefunden wird, die aus ökonomischen Motiven qualifizierte Arbeitskräfte systematisch anwirbt.

Wie so etwas geht, machen andere Länder längst vor – etwa Kanada. In anderen Industrienationen wird nach Kräften um die besten Köpfe gebuhlt, weil dort keine Ideologie die Erkenntnis verstellt, dass Ausländer in dem Maße auch den Wohlstand der Einheimischen mehren, je besser ausgebildet sie sind. Dies ist ein zentrales Ergebnis der Forschung, auf die etwa Klaus Zimmermann, Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA), hinweist. Hochqualifizierte Akademiker sind „mobile Arbeitskräfte“, die Wissen verbreiten und die globalen Arbeitsmärkte flexibler machen. Davon ist ausgerechnet die Industrie-

und Exportnation Deutschland noch weit entfernt.

Den Unternehmen bereitet das erhebliche Probleme. Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) unter 1600 Firmen haben derzeit 70 Prozent Schwierigkeiten, offene Stellen zu besetzen. Bei weiter anziehender Konjunktur wüchse sich das zu einem echten Wachstumshemmnis aus, warnt DIHK-Präsident Werner Hans-Heinrich Driftmann.

Die Politik reagiert darauf defensiv. Man habe nicht vor, das Zuwanderungsrecht zu ändern, sagte Bundesinnenminister Thomas de Ma-

Jährlicher Schaden von 20 Milliarden Euro

zière (CDU) bei der Vorstellung des DIHK-Berichts. Er verweist darauf, dass das Mindesteinkommen, ab dem ein ausländischer Top-Mitarbeiter im Land bleiben darf, bereits gesenkt wurde – auf 66 000 Euro. Wie sich zeigt, ist das eine wirklichkeitsfremde Hürde, denn dieses Kriterium erfüllten bisher nur 1700 Ausländer.

Das erinnert fatal an die erste Initiative im Wettbewerb um das globale High-Tech-Personal vor zehn Jahren. Der damalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder führte 2000 die Green-Card ein – in der Hoffnung, indische und andere Computer-Experten würden massenhaft kommen. Ein Irrtum: Nur knapp 18 000 wählten in den folgenden fünf Jahren Deutschland als Land ihrer beruflichen Zukunft. Dem drohenden Engpass ist so nicht beizukommen.

Selbst ein paar Zehntausend „der dringend benötigten ausländischen Fachkräfte werden keine wirkliche Entlastung bringen“, sagt Bevölkerungsexperte Klingholz. Dies gelte auch, wenn von nächstem Jahr an alle Arbeitnehmer aus den neuen osteuropäischen EU-Ländern ungehindert in Deutschland arbeiten können. „Durch den Aufschwung dort, etwa in Polen, werden die Fachkräfte vor Ort gebraucht.“ Für die besonders jungen Leute seien die Verdienstmöglichkeiten im eigenen Land „eher besser“.

Der Berliner Forscher geht davon aus, dass sich der internationale Wettbewerb um gute und beste Mitarbeiter enorm verschärfen wird. Weil die aber unter den Arbeitslosen in Deutschland kaum zu finden sind, kann für ihn der altbekannte Ruf nach besserer Qualifikation der Einheimischen nicht verfangen.

Klingholz plädiert ebenso wie Arbeitsforscher Zimmermann dafür, die Hürden für die Zuwanderung qualifizierter Ausländer zu senken und sich dabei an einem Punktesystem zu orientieren. Gleichzeitig sollten ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse leichter anerkannt werden, aber auch den Familienangehörigen der umworbenen Klientel eine dauerhafte Perspektive eröffnet werden. Das zählt mit zu jener „Willkommenskultur“, an der es auch für Innenminister de Ma-

zière noch heftig hapert. Langfristig droht noch größeres Ungemach; dann nämlich, wenn der demografische Trend auch China, Indien oder Brasilien erfassen wird. Sie werden dann selbst ausländische Spitzenleute suchen – „und für das gute alte Europa bleibt nichts mehr übrig“.



In Kanada ein gesuchter Beruf: Kinderkrankenschwester. Foto: Keystone

keit (10). Für Letzteres erhält man beispielsweise Punkte, wenn der Partner eine abgeschlossene Berufsausbildung nachweisen kann oder man bereits einmal für mindestens ein Jahr in Kanada gearbeitet hat.

Je nach Lage auf dem Arbeitsmarkt wird eine Mindestpunktzahl festgelegt, die ein Einwanderungswilliger erreichen muss, derzeit sind das 67 Punkte. Außer-

dem sollte ein Interessent belegen können, dass er sich für eine bestimmte Zeit aus eigenen Mitteln versorgen kann.

Zwei Stufen gibt es bei der Einwanderung. Zunächst erteilt Kanada eine unbefristete Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, bereits nach drei Jahren kann dann ein Einbürgerungsantrag gestellt werden. be

Abschreckende Debatte

Experte fordert transparentes Punktesystem

Die schrillen Töne in der Integrationsdebatte gefährden vieles, was gemeinsam aufgebaut worden ist, sagt Klaus Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration.

ANTJE BERG

Deutschland wird bald mehr denn je auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen sein. Man fragt sich, wie die von Herrn Sarrazin losgetretene Debatte mit ihren schrillen Tönen auf potenzielle Interessenten wirkt. KLAUS BADE: Sie wirkt in jedem Fall abschreckend – auf Zuwanderungswillige und auf die hiesige Zuwanderungsbevölkerung, insbesondere muslimischer Herkunft. Sie gefährdet vieles, was wir gemeinsam mit Erfolg aufgebaut haben. Ich hoffe, dass das Zusammengehörigkeitsgefühl unserer Gesellschaft stabil genug ist, um diese demagogischen Attacken auszuhalten.

Wie ist es zu erklären, dass nicht wenige Deutsche der Ansicht sind, hierzulande gebe es zu viele Ausländer? BADE: Die Zahl der Ausländer schrumpft seit Jahren und die der deutschen Staatsbürger mit Migrationshintergrund wächst. 40 Prozent der hier lebenden Muslime sind Deutsche. Zum einen wirken die politischen Bedrohungsszenarien nach, die in den 70er bis 90er Jahren bei Wahlen stets neu aufgelegt worden sind. Zuwanderung wurde dargestellt als Gefahr von außen und Belastung im Inneren. Zum anderen haben sich fremdenfeindliche, wirklichkeitsfremde Vorstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam zugespitzt, vor allem nach dem 11. September 2001.

Warum wirklichkeitsfremd?

BADE: Es gibt die unsinnige Vorstellung, dass Integrationsprobleme im Berliner Stadtteil Neukölln übertragbar sind auf die ganze Republik nach dem Motto: Neukölln ist Berlin und Berlin ist Deutschland. Erfolgreiche Integration bleibt immer unauffällig, und die auffälligen Ausnahmen gescheiterter Integration bestätigen nur die Regel der zumeist durchaus erfolgreichen Integration, auch im europäischen Vergleich.

Trotzdem findet Sarrazin Zuspruch aus der Bevölkerung, wobei viel unterschwellige Aggression mit im Spiel ist. Nicht erst seit gestern lautet das häufigste Schimpfwort unter Jugendlichen „Dreckiger Muslim“.

BADE: Es gibt in Teilen der Bevölkerung eine latente Fremdenfeindlichkeit, wie in anderen europäischen Ländern auch, die wachgerufen wer-

den kann durch Äußerungen wie die von Herrn Sarrazin. Interessant ist: Fragt man die Menschen, ob sie Probleme mit Türken haben, die sie kennen, sagen sie: Nein, gar nicht. Da gibt es nette Kollegen, Nachbarn oder Freunde. Fragt man sie nach ihrer Meinung zum Islam, sagen sie: Das kann eine Gefahr für Europa werden. Hier brechen sich soziale und kulturelle Grundängste Bahn. Im Mittelstand grassiert eine Angst vor sozialem Abstieg, die mit Feindbildern gekoppelt ist.



Klaus Bade: Neukölln ist nicht Deutschland.

Dennoch gibt es bei einem Teil der Einwanderer Probleme mit der Integration. Was wurde versäumt?

BADE: Die Einwanderer haben zu spät ein echtes Einbürgerungsbewusstsein ausgebildet. Aber wie sollten sie auch; denn auf deutscher Seite hat man jahrzehntlang gelehrt, ein Einwanderungsland zu sein. Das ist so, als ob ein Bademeister ein Schild vor sein Schwimmbad stellt, auf dem steht: Dies ist keine Badeanstalt. Dann darf er sich hinterher nicht wundern, dass die Leute nur auf die Liegewiese gegangen sind, statt im Wasser Schwimmen zu lernen. Man wollte nur „soziale Integration nur auf Zeit“, statt den Einwanderern rechtzeitig zu sagen: Wir geben euch fünf Jahre, um Deutsch zu lernen und euch beruflich weiterzubilden, damit ihr in Krisen nicht sofort in die sozialen Netze fallt. Wenn ihr dazu nicht bereit seid, müsst ihr zurückgehen.

Und die türkische Seite?

BADE: Sie hat sich in Teilen nicht hinreichend von sich aus um den Erwerb der Sprache, Eingliederung und Aufstieg bemüht, obwohl es für sie genügend gute Vorbilder gab.

Wie lässt sich die Akzeptanz von Zuwanderung erhöhen?

BADE: Politik darf sich nicht weiter vor dem Wähler fürchten, und sie muss wissen: Alles was unübersichtlich ist, schafft Angst. Wir brauchen Klarheit, Transparenz und Konsequenz. Es gilt, das Eigeninteresse an Zuwanderung darzustellen und ein für alle durchschaubares Steuerungssystem zu schaffen, ein flexibles und unbürokratisches Punktesystem etwa, das sich nach dem Arbeitsmarkt ausrichtet. Wenn den Bürgern das gut vermittelt wird, werden ihre Ängste schwinden.

Parteien uneins

SPD und Linke als Bremser

Mit der Debatte um Thilo Sarrazin rückt das Thema Zuwanderung wieder auf die Tagesordnung. Die Parteipositionen sind höchst unterschiedlich.

GUNTHER HARTWIG

Zwar bezeichnen Union und FDP die Zuwanderungs- und Integrationspolitik in ihrem Koalitionsvertrag als „Schlüsselauflage für Deutschland“. Doch geschehen ist seit Amtsantritt der schwarz-gelben Bundesregierung vor bald einem Jahr nicht allzu viel, wie Ex-Bundestagspräsidentin Rita Süsmuth (CDU) jüngst beklagte: „Die Bundesregierung ist viel zu langsam und setzt nicht das um, was wir schon wissen.“

Nun beiläufig Innenminister Thomas de Maizière (CDU), den ersten Integrationsgipfel unter seiner Federführung noch in diesem Jahr anzukündigen. Zudem will die Koalition Ernst machen mit ihrer Zusage aus dem Regierungsprogramm. Darin heißt es, eine „systematisch an den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes“ auszurichtende Steuerung der Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte solle befördert, der Zugang für ausländische Studierende, Künstler, Sportler und Saisonarbeitskräfte er-

leichtert werden. Ähnlich hatte sich jüngst auch Baden-Württemberg Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) geäußert. Jedenfalls wird auch in der Union nicht länger bestritten, dass die Bundesrepublik schon allein aus demografischen Gründen in den nächsten Jahren Zuwanderung braucht.

Die SPD will nach ihrem Konzept („Steuerung, Integration, innerer Friede“) zunächst nur „höchstqualifizierte Arbeitskräfte“ aus dem Ausland anwerben, und zwar nach einem Punktesystem. Auch die Grünen plädieren für ein solches System, wie es in Kanada und Österreich seit Jahren erfolgreich praktiziert wird. Kriterien sind hier Alter, Berufsausbildung, Sprachfähigkeit.

Die Linkspartei richtet das Augenmerk zunächst auf die speziellen Probleme in Ostdeutschland. Hier gebe es eine „politisch gewollte Abwanderung“ junger Menschen, beklagt die Partei-Vorsitzende Gesine Lötzsch. Die Tatsache, dass viele gut ausgebildete Schulabgänger aus den neuen Ländern nach Süddeutschland gegangen seien, habe dort die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt begünstigt. Daher müsse, bevor man über Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte nachdenke, erst einmal der Abwanderungsprozess aus dem Osten gestoppt werden.